

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 90. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 27. Mai 2010

1. Abgeordnete

Margit Mohr, Jens Guth,
Ruth Leppla und
Thomas Wansch (SPD)

Aktuelle Situation bei Opel und Sicherung der Opel-Standorte

Die weitere Existenz des Unternehmens Opel ist insbesondere auch aus rheinland-pfälzischer Sicht von großer Bedeutung. Rheinland-Pfalz profitiert von den beiden Standorten Kaiserslautern und Rüsselsheim insbesondere hinsichtlich des unverzichtbaren Angebots an Wertschöpfung und qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den aktuellen Stand zur Sanierung der GM-Tochter Opel, insbesondere auch hinsichtlich der Situation der deutschen Standorte?
2. Welche Position nimmt die Landesregierung bezüglich der Verhandlungen über eine öffentliche Flankierung der Sanierung von Opel ein?
3. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund ihrer eigenen Haltung die Rolle der Bundesregierung in den aktuellen Verhandlungen?

2. Abgeordnete

Gerd Schreiner und
Dorothea Schäfer (CDU)

Gutachten des Wissenschaftsrates zur Universitätsmedizin Mainz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Auf welche Defizite bei der Umsetzung seiner Stellungnahme aus dem Jahr 2008 weist der Wissenschaftsrat in seiner aktuellen Begutachtung der Universitätsmedizin in Mainz hin?
2. Wie bewertet die Landesregierung insbesondere die Feststellung, dass die Bauinvestitionen sowie die langfristige Planung nach Ansicht des Wissenschaftsrates keinem strategischen Konzept bzw. keinen überzeugenden organisatorischen Überlegungen folgen?
3. Welche Verantwortlichkeit der Landesregierung ergibt sich angesichts der deutlichen Kritik an der mangelnden Besetzung der Leitungsgremien der Universitätsmedizin mit externen Fachleuten?
4. Welche Konsequenzen wird die Landesregierung angesichts des Gutachtens zur Mainzer Universitätsmedizin ziehen?

3. Abgeordnete

**Thomas Auler und
Walter Strutz (FDP)**

Brandanschlag auf die Synagoge in Worms

Wie in der Presse aktuell berichtet wurde, wurde in der Nacht zum Montag, dem 17. Mai 2010 auf die Synagoge in Worms ein massiver Anschlag mit mehreren Brandsätzen und sog. „Molotow-Cocktails“ verübt. Die Landesregierung hat durch die Auslobung einer Belohnung in Höhe von 10 000 Euro für Hinweise, die zur Aufklärung des Sachverhaltes führen, ihre Absicht erklärt, zur schnellen Aufklärung dieser Tat beitragen zu wollen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Bestehen neben den in der Presse berichteten Bekennerchreiben zweifelhafter Authentizität Erkenntnisse hinsichtlich einer politisch motivierten Tat durch Extremisten?
2. Welche Maßnahmen wurden seitens der Landesregierung bislang ergriffen, um eine zügige und effektive Aufklärung dieser Tat zu gewährleisten und sind gegebenenfalls noch weitere Maßnahmen denkbar?
3. Welche präventiven Maßnahmen sieht die Landesregierung, um künftig derartige verabscheuungswürdige Verbrechen zu verhindern?

4. Abgeordnete

**Alexander Licht und
Dr. Axel Wilke (CDU)**

Erfüllung der verfassungsrechtlichen Aktenvorlagepflicht durch die Landesregierung

Vor dem Hintergrund der erst am 6. Mai 2010 beim Untersuchungsausschuss 15/2 „Nürburgring GmbH“ eingegangenen Akten fragen wir die Landesregierung:

1. Ist es im Dezember 2009 zu einem Treffen mit Bezug zum Projekt „Nürburgring 2009“ zwischen dem ehemaligen Minister der Finanzen, Prof. Dr. Ingolf Deubel, und Staatsminister Dr. Heinz-Georg Bamberger gekommen?
2. Wenn ja: Wurden im Rahmen dieses Treffens Unterlagen übergeben?
3. Wenn ja: Welchen Inhalt hatten diese?
4. Hat Staatsminister Dr. Bamberger diese Unterlagen auch dem Untersuchungsausschuss 15/2 zur Verfügung gestellt?

5. Abgeordnete

**Jens Guth, Heiko Sippel,
Ulla Brede-Hoffmann und
Dr. Lars Kützing (SPD)**

Mögliche Änderung der Flugrouten beim Flughafen Frankfurt/Main und dadurch bedingte Zunahme von Fluglärm

Durch mögliche Änderungen der Flugrouten am Flughafen Frankfurt/Main würden das Rhein-Main-Gebiet und insbesondere Mainz und Rheinhessen besonders stark durch zusätzlichen Fluglärm belastet. Die Stadt Mainz und die Region Rheinhessen sind besonders von Fluglärm durch den Flughafen Frankfurt/Main betroffen. Durch die neue Landebahn Nordwest wird mit bis zu zusätzlichen 250 000 Flugbewegungen im Jahr gerechnet

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen zudem die Betriebszeiten der Flughäfen über eine „Präzisierung“ im Luftverkehrsgesetz geändert werden. Eine geplante Änderung des Luftverkehrsgesetzes auf Bundesebene würde zu weiteren und zusätzlichen Lärmbelastungen durch Fluglärm führen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Pläne der Bundesregierung zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes hinsichtlich der Entwicklung des Fluglärms im Rhein-Main-Gebiet?
2. Wie bewertet die Landesregierung im Hinblick auf den Lärmschutz im Rhein-Main-Gebiet die Entscheidung der hessischen Landesregierung, gegen das Urteil des VerwaltungsgERICHTSHOFS Kassel zur Nachtflugregelung Revision einzulegen?
3. Welche Folgen hinsichtlich der Lärmbelastung durch neue Flugrouten am Flughafen Frankfurt/Main sind zu befürchten, wenn die neuen Flugrouten zu Lasten von Mainz und Rheinhessen verlagert würden?

6. Abgeordnete
Bettina Dickes und
Anke Beilstein (CDU)

Stand der Anmeldezahlen zur Lernmittelausleihe

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viel Prozent der Schülerinnen und Schüler haben sich zur unentgeltlichen bzw. entgeltlichen Lernmittelausleihe angemeldet?
2. In welchen Schulträgerbezirken waren die Anmeldezahlen besonders hoch bzw. außergewöhnlich niedrig?
3. Wie bewertet die Landesregierung, dass hoch verschuldete Schulträger auch mit der Verwaltungspauschale der Lernmittelausleihe nicht die Stunden der Schulsekretariate aufstocken durften, weil es sich um freiwillige Ausgaben handelt?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Organisationsstruktur der entgeltlichen Lernmittelausleihe vor dem Hintergrund der Anmeldezahlen in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Saarland und zu Niedersachsen?

7. Abgeordnete
Walter Strutz und
Uta Schellhaaß (FDP)

Neuerliche Vorwürfe gegen Google Street View

In der Presse der vergangenen Tage wurden erneut Vorwürfe gegenüber der Firma Google laut. Bei der Erfassung von Drahtlosnetzwerken im Rahmen des Projekts „Google Street View“ seien konkrete Daten mit erfasst und gespeichert worden. Überdies wurde nun im Rahmen der aktuellen Diskussion erneut über die prinzipiell seit 2005 bekannte Tatsache berichtet, es würden nicht nur digitale Bilder von Häusern und Straßenzüge erfasst, sondern ebenfalls dreidimensionale Reliefdaten per Laserscanner für die „Virtualisierung“ von Städten gewonnen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung Maßnahmen von rheinland-pfälzischen Kommunen zur Ermöglichung von „Sammel-Widersprüchen“ für ihre Bürger bekannt?
2. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger über die Art und Weise der Erfassung und Speicherung von Daten hinreichend und rechtzeitig informiert worden sind?
3. Wie steht die Landesregierung der Idee einer Informationspflicht gegenüber, die es Betroffenen ermöglichen würde, vorab eine qualifizierte Entscheidung zu treffen bezüglich personenbezogener Daten, die aus dem öffentlich Raum heraus erfasst werden können?
4. Sieht die Landesregierung Bedarf für eine landesgesetzliche Regelung nach Hamburger Vorbild, um im öffentlichen Raum in Rheinland-Pfalz eine klare und verlässliche Rechtsgrundlage zu schaffen, um den Schutz der informationellen Selbstbestimmung und der Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger von zulässigen wirtschaftlichen Interessen klar abzugrenzen?

8. Abgeordnete
Jens Guth und
Margit Mohr (SPD)

Geplanter Probetrieb von überlangen Lkw bzw. „Gigalinern“ und Auswirkungen auf Schienen-Gütertransporte, Brücken und Straßen

Die Bundesregierung plant einen Probetrieb von überlangen Lkw bzw. von „Gigalinern“. „Gigaliner“ sind Lkw mit einer Länge von mehr als 25 Metern und zulässigen Gesamtgewichten von bis zu 60 Tonnen. Bei der Verkehrsministerkonferenz im Oktober 2007 war der Einsatz von „Gigalinern“ abgelehnt worden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Absicht der Bundesregierung, in einem Probetrieb überlange Lkw bzw. „Gigaliner“ zuzulassen?
2. Welche Auswirkungen wären durch den Straßeneinsatz von überlangen Lkw bzw. von „Gigaliner“ hinsichtlich der Belastung von Brücken und Straßen zu befürchten?
3. Wie bewertet die Landesregierung in diesem Zusammenhang eine vom Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegebene Studie „Verkehrswirtschaftliche Auswirkungen von innovativen Nutzfahrzeugkonzepten“, nach der bei Zulassung von „Gigalinern“ mit einer massiven Verlagerung von Schienen-Gütertransporten auf die Straße gerechnet werden muss?

- 9. Abgeordnete**
Dr. Gisela Born-Siebicke
und Thomas Weinert
(CDU)
- Aktuelle Fragen zur Umsetzung der Senkung oder des Entfalls der Jagdsteuer in den Landkreisen und kreisfreien Städten**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Bis wann müssen die Landkreise und kreisfreien Städte eine Vereinbarung mit der Jägerschaft zur Erbringung freiwilliger Leistungen für die Allgemeinheit spätestens geschlossen haben, um unbeanstandet die Jagdsteuer senken oder auf die Jagdsteuer verzichten zu können?
 2. Welche Hilfestellung gibt es seitens der Landesregierung zur Gestaltung der zu schließenden Vereinbarungen?
 3. Wie soll die Gegenrechnung zwischen Jagdsteuer und freiwilligen Leistungen erfolgen?
 4. Wäre es nicht sowohl für die Kommunen als auch für die Jägerschaft besser gewesen, die Jagdsteuer generell, verbunden mit einer entsprechenden Kompensation durch das Land, abzuschaffen?
- 10. Abgeordnete**
Hedi Thelen und
Dr. Peter Enders (CDU)
- Situation der Hebammen in Rheinland-Pfalz**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie bewertet die Landesregierung die Belastung durch die gestiegenen und zum 1. Juli 2010 erneut steigenden Versicherungsprämien für freiberufliche Hebammen in Rheinland-Pfalz?
 2. Wie viele Hebammen sind in Rheinland-Pfalz betroffen?
 3. Welche Folgen für die Tätigkeit von Hebammen in Rheinland-Pfalz und für die Hebammen-Versorgung von Müttern und Kindern ergeben sich aus der aktuellen Entwicklung?
 4. Welche politische Lösung gibt es, um die Situation der Hebammen in Rheinland-Pfalz zu verbessern und ihre Tätigkeit zur Versorgung von Müttern und Kindern zu sichern?
- 11. Abgeordnete**
Peter Wilhelm Dröschner
und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)
- Solidarische Finanzierung der Altenpflegeausbildung**
- In einigen Bundesländern findet derzeit eine erneute Debatte um die Einführung einer umlagefinanzierten Altenpflegeausbildung statt. In Rheinland-Pfalz gibt es seit dem Jahr 2004 eine solche Umlage.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Welche Erfahrungen gibt es in Rheinland-Pfalz mit der seit dem Jahr 2005 eingeführten und derzeit in einigen Bundesländern angesichts eines gravierenden Fachkräftemangels wieder diskutierten Umlage zur solidarischen Finanzierung der Altenpflegeausbildung?
 2. Wie hat sich die Einführung der Umlage auf die Entwicklung der Ausbildungsplätze im stationären Bereich ausgewirkt?
 3. Wie hat sich die Einführung der Umlage auf die Entwicklung der Ausbildungsplätze im ambulanten Bereich ausgewirkt?
 4. Welche Modelle gibt es in Rheinland-Pfalz zur Verbesserung der Durchlässigkeit der Ausbildungsgänge im Pflegebereich für verschiedene Bildungsabschlüsse?
- 12. Abgeordnete**
Gerd Schreiner und
Hans-Josef Bracht (CDU)
- Entwicklung des Haushaltsjahres 2010**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche konkreten Minderausgaben erwartet die Landesregierung für das Haushaltsjahr 2010 gegenüber dem veranschlagten Soll?
 2. Welche Mehreinnahmen erwartet die Landesregierung 2010 gegenüber dem veranschlagten Soll?
 3. Welche Priorität hat die Senkung der für 2010 in Rekordhöhe veranschlagten Nettoneuverschuldung für die Landesregierung?
 4. In welcher Höhe ließen sich durch eine mögliche Unterschreitung der für 2010 veranschlagten Nettoneuverschuldung Zinszahlungen für kommende Haushalte vermeiden?

13. Abgeordnete**Michael Hüttner und
Hans Jürgen Noss (SPD)****Verkehrsunfälle unter Motorradbeteiligung**

Nach Angaben der Landesregierung hat seit Frühlingsbeginn die Anzahl der Verkehrsunfälle unter Motorradbeteiligung deutlich zugenommen. Alleine im April haben sich in Rheinland-Pfalz nach der vorläufigen polizeilichen Bilanz insgesamt 240 Personenschadensunfälle unter Beteiligung von Motorradfahrern ereignet. 14 Motorradfahrer wurden getötet, 106 schwer verletzt. Die Landesregierung appelliert an alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer um ein defensives Fahrverhalten und weist auf Verkehrsprojekte sowie spezifische Angebote und Maßnahmen für Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer hin.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den starken Anstieg von Verkehrsunfällen unter Motorradbeteiligung, insbesondere die schweren Unfälle mit Toten und Schwerverletzten?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Unfallursachen?
3. Mit welchen Projekten unterstützt die Landesregierung das Ziel der Verbesserung der Unfallsituation?
4. Welche Maßnahmen, Projekte und Angebote für Motorradfahrerinnen und Motorradfahrer werden insbesondere von der rheinland-pfälzischen Polizei angeboten?

14. Abgeordnete**Ingeborg Sahler-Fesel
(SPD)****Boys' Day**

Mehr als 100 000 Schülerinnen informierten sich beim bundesweiten Girls' Day am 22. April 2010 einen Tag lang über Chancen in technischen Berufen. Dabei haben sie wertvolle Erfahrungen unter anderem in Technik, IT, Naturwissenschaften und anderen Zukunftsberufen machen können. Bundesministerin Schröder kündigte an, dass es ab dem nächsten Jahr parallel zum Girls' Day auch einen Boys' Day geben soll.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Erfahrungen sind hinsichtlich des Girls' Day 2010 in Rheinland-Pfalz gemacht worden?
2. Welche Bedeutung misst die Landesregierung diesem Mädchen-Zukunftstag bei?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Ankündigung der Bundesministerin zur Einführung eines Boys' Day?